

Musik- und Theaterfest der Stadt Wien 1936. Das gemeinderätliche Komitee hielt gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seitz eine Sitzung, in welcher der ständige Referent Dr. Bach ausführlich über die bisherigen Vorarbeiten berichtete. Nach einer Aussprache, an der sich alle Anwesenden beteiligten, wurde schliesslich das Programm, soweit es bisher feststeht, genehmigt.

Es wird die Staatsoper die erste Aufführung eines Festspiels von Hugo Hofmannsthal zu der Musik der „Ruinen von Athen“ und der „Geschöpfe des Prometheus“ von Beethoven bringen. Dazu wird das Ballet „Don Juan“ von Gluck gegeben. Auch die Uraufführung zweier Sätze aus der nachgelassenen Zehnten Symphonie von Gustav Mahler soll im Rahmen der Staatsoper erfolgen. Das neueste Werk von Richard Strauss, das Singspiel „Intermezzo“ wird als Veranstaltung der Staatsoper im Bürgertheater in Szene gehen. Für das Musikfest wird „Die Fledermaus“ von Johann Strauß vollkommen neu inszeniert. Auch eine Oper von Bittner wird wahrscheinlich aufgeführt werden. Ueberdies wird die Staatsoper während des Festes eine Uebersicht der österreichischen und deutschen Opernproduktionen bieten.

Gemeinschaftlich mit dem Burgtheater wird als erste Aufführung für Wien im Redoutensaal „Der Bürger als Edelmann“ aufgeführt. Das Burgtheater bringt den „Bruderzwist im Hause Habsburg“ von Grillparzer und die Uraufführung der neuen Komödie von Schnitzler „Der Verführer“.

Das Deutsche Volkstheater wird gemeinsam mit dem Carl-Theater Neuinszenierungen von Grillparzer's „Traum ein Leben“, Anzengruber's „Kreuzelschreiber“ und Raimund's „Verschwender“, ferner „Häuptling Abendwind“ von Nestroy mit der Musik von Offenbach, dazu die „Judith-Parodie“ bringen.

Das Raimundtheater hat sich die Uraufführung einer neuen Komödie von Franz Werfel gesichert und wird ueberdies dem „Franzl“ von Hermann Behr spielen.

Die Volksoper bringt neu inszeniert den „Bettelstudent“ von Millöcker, ferner eine neue Oper entweder von Prohaska oder von Bittner.

Die Kammerspiele bringen eine Wiener Posse aus der Vorrainundzeit von Philipp Hafner, außerdem ein modernes Drama und wahrscheinlich auch in einem anderen Rahmen „Wolkenkuckucksheim“ von Karl Kraus.

Das Theater in der Josefstadt bringt das Apostelstück von Max Mell und wahrscheinlich auch ein Nestroystück.

Das eine oder andere Werk wird noch untergebracht werden und mit den anderen Theatern schweben noch Verhandlungen.

Im großen Konzerthausaal wird die Uraufführung des Dramas mit Musik „Die glückliche Hand“ von Arnold Schönberg gegeben werden. An Konzerten ist vorläufig nur ein Novitätenkonzert geplant, darunter das neue Klavierkonzert von Korngold und ein Kammermusikabend.

Als Brucknerfeier wird eine große Aufführung der F-Messe in einer Kirche stattfinden, außerdem sind noch andere Kirchenmusikalische Veranstaltungen geplant.

In der Sitzung wurde auch auf Antrag des Referenten die Veranstaltung einer Ausstellung für moderne Theatertechnik beschlossen. Die Durchführung wird sich im wesentlichen an das von der Gesellschaft zur Förderung moderner Kunst aufgestellte Programm halten. Diese Gesellschaft, von der die Idee zu der Ausstellung stammt, wird auch bei der Durchführung hervorragend beteiligt sein. Im Zusammenhang mit dieser Ausstellung wird die Abteilung für volkstümliche Kunstpflege stehen, auf die großes Gewicht gelegt werden wird.

Die Durchführung eines musikhistorischen Kongresses während des Theater- und Musikfestes ist unmöglich, da die diesjährige Tagung in Basel stattfinden muß. Wohl aber wird ein internationaler Musikerkongress wahrscheinlich in Wien tagen.

Es wurde eine Reihe Ausschüsse gebildet, deren Präsidium sich wie folgt zusammensetzt: Gemeinderätlicher Ausschuss: Vorsitzender Bürgermei-

ster Seitz, Stellvertreter amtsführender Stadtrat Breitner, ständiger Referent Dr. Bach; Empfangsausschuss: Vorsitzender Bürgermeister Seitz, Stellvertreter Stadtrat Rummelhardt, ständiger Referent Dr. Bach; Propagandausschuss: Vorsitzender Vizebürgermeister Emmerling, Stellvertreter Gemeinderat Paulitschke, ständiger Referent Direktor Piccolom; Presseauschuss: Vorsitzender Nationalrat Glöckel, Stellvertreter: Frau Gemeinderat Dr. Motzko, ständiger Referent Redakteur Honay; Ausstellungsausschuss: Vorsitzender Präsident Vatter, ständiger Referent Ministerialrat Tietze. Der ständige Referent des gemeinderätlichen Ausschusses Dr. Bach wird allen Ausschüssen beigezogen.

Ein billiger Hauskauf der Gemeinde. Das Haus, II., Praterstrasse 10, Ecke Ferdinandstrasse ist nunmehr endgültig um den Betrag von 200 Millionen Kronen in den Besitz der Gemeinde Wien übergegangen. Es handelt sich im vorliegenden Falle um das im Sinne des Gesetzes über die Wertzuwachsabgabe geltend gemachte Eintrittsrecht bei Vorliegen des Verdachtes einer Hinterziehung. Der Verkauf folgte im Juli 1923 um den angeblichen Preis von 200 Millionen Kronen, der infolge seiner Niedrigkeit auffiel und zu genauen Erhebungen Anlaß bot. Es stellt sich auch tatsächlich heraus, daß damit in Verbindung noch eine Transaktion mit Leder im Werte von 800 Millionen Kronen stand und darin der ergänzende Teil des im Kaufvertrag verschwiegenen Preises zu suchen war. Die Eintrittsentscheidung wurde von den beteiligten Parteien, sowohl im ordentlichen Rechtszuge an die Beschwerdekommision, als auch durch das außerordentliche Rechtsmittel der Verwaltungsgerichtshofbeschwerde, angefochten, jedoch ohne Erfolg. Mit Entscheidung vom 10. März hat der Verwaltungsgerichtshof die betreffende Beschwerde ohne Fortsetzung des Verfahrens zurückgewiesen, weil den zur Anwendung der Gesetzesbestimmung berufenen Behörden bezüglich der Indizien für die Verheimlichung der richtigen Sachlage durch die Parteien ein nur durch die Forderung der Sachlichkeit und Gesetzlichkeit der Erwägungen beschränktes Ermessen zusteht und die Grenzen dieses Ermessens nicht überschritten worden sind. Durch diese Entscheidung erscheint dieser Fall endgültig ausgetragen und die Gemeinde ist also unbestrittene, grundbücherlich eingetragene Besitzerin des wertvollen Objektes.

Der Währinger Park. Der Gemeinderatsausschuss für Technische Angelegenheiten hat beschlossen, daß die an Stelle des Währinger allgemeinen Friedhofes geschaffene Gartenanlage künftighin die Benennung „Währinger Park“ zu führen habe.

Platzkonzerte und Musikzüge zugunsten der Winterrettungswoche. Samstag, den 12. April: Die Musikspelle der Bediensteten der städt. Gaswerke (Kapellmeister Franz Karhofer) von 2 bis 5 Uhr nachmittags Musikzug im VIII. und XVII. Bezirk. Sonntag, den 13. April: I. Bezirk Musikkapelle der städt. Feuerwehr, Platzkonzert Am Hof von 10 bis 12 Uhr vormittags. V. Bezirk und XII. Bezirk Musikzug. XIII. Bezirk Platzkonzert von 8 bis 10 Uhr vormittags in Schönbrunn der Arbeiterkapelle des XIII. Bezirkes. Kapellmeister Wenzel Trnka. XIV. Bezirk Musikzug der Eisenbahnerkapelle Direktion Wien-West vormittags 9 bis 12 Uhr. XVIII. Bezirk Musikzug der Kapelle der Bergsteiger. XX. Bezirk Musikzug der Kapelle des republikanischen Schutzbundes, (Kapellmeister Karl Fara) vormittags zwischen 9 und 12 Uhr. Im IX. Bezirk leiten zwei Musikzüge die Rettungswoche ein. Samstag, den 13. um 4 Uhr nachmittags wird die Musikkapelle der Eisenbahner, Franz-Josef-Bahnhof, Montag, den 14. (wenn Regenwetter Dienstag, den 15.) um 4 Uhr nachmittags die Musikkapelle des städtischen Elektrizitätswerkes IX., Mariannengasse 4, die belebtesten Strassen des Bezirkes durchziehen und an mehreren geeigneten Plätzen ein Ständchen veranstalten. Vom Amtshaus IX., Währingerstrasse 43, vom Bürgerversorgungshaus, IX., Währingerstrasse 45, von der Markthalle vom Franz-Josef-Bahnhof und von der Brigittabrücke wehen weiße Flaggen roter Aufschrift „Spendet für die Kinder“.

WIENER GEMEINDERAT

als

Landtag.

Sitzung vom 11. April 1924.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet die Sitzung.

Zum einzigen Gegenstand der Tagesordnung „Voranschlag des Wiener Fortbildungsfonds“ für das Jahr 1924“ erstattet GR. Täubler den Bericht. Danach beträgt das Gesamterfordernis 33.346 Millionen. An grösseren Posten nennt der Referent eine Milliarde für den Baufond und zwei Milliarden für Fürsorgezwecke, wie Baden, Schwimmen, Turnen und Lehrlingsheime. Ueberdies ist eine sehr starke Reserve von 4.5 Milliarden ausgewiesen. Der Referent stellt den Antrag, den Voranschlag unter der Bedingung zu genehmigen, daß der Bund ein Viertel beiträgt, wie seinerzeit Minister Schürf versprochen habe, der Rest ist durch Beitrag von 45% von der Gemeinde Wien und 55% von den Gewerbetreibenden zu tragen.

GR. Panosch (chr. soz.) bedauert, daß der Referent den Voranschlag ohne jedes Kommentar dem Landtage vorlegte. Die Minderheit sei stets gerne bereit, für Vorschläge zu stimmen, doch müssen die Voraussetzungen hierfür bestehen. Das sei beim Voranschlag des Fortbildungsschulrates nicht der Fall. Schon die Zusammensetzung des Fortbildungsschulrates sei eine rein parteimässige, der Proporz missachtet. Würde er angewendet werden, dann könnten die Christlichsozialen in 24 Schulausschüssen die Majorität bekommen. Aber davor scheue die herrschende Mehrheit zurück, obgleich, wie Redner gerne feststellen wolle, in den Sitzungen nur nach sachlichen Gesichtspunkten Beratungen gepflogen werden. Andererseits sei aber bei diesen Sitzungen die Minderheit insofern benachteiligt, als ihr vorweg gar keine Informationen gegeben werden. Es habe sich auch der merkwürdige Brauch eingebürgert, daß die Einladung der jeweiligen Sitzung des Fortbildungsschulrates nur geringe Anzahl von Geschäftsstücken aufweise, während knapp vor der Sitzung selbst eine Nacht tagestagesordnung ausgeteilt werde mit einem Anhang, der Dutzende von Präsidialen Verfügungen enthalte, über die jedes Referat entfallt. So habe die Sitzung am 17. März mit einer einzigen Geschäftssitzung begonnen, die Nachtragstagesordnung enthielt deren 17 und ausserdem 36 präsidiale Verfügungen. Das sei ein ungehöriger Vorgang, einer Körperschaft unwürdig. Redner tritt für die Subventionierung von Meisterlehre ein, wodurch Kleinmeister in die Lage kämen, Lehrlinge zu halten, was ihnen jetzt infolge der schwierigen Wirtschaftsverhältnisse unmöglich ist. Es werde auch geduldet, daß während der Unterrichtszeit in den Schulräumen eine Agitation einsetze, Einladungen von Schülerräten zu Versammlungen verteilt und diese Versammlungen nachher in großen Festsaale stattfinden. Die jungen Leute werden politisch beeinflusst und verhetzt, es wurden Protestkundgebungen gegen den Abend und Sonntagsunterricht beschlossen, obgleich es doch niemanden eingefallen ist, derartige Vorschläge zu erstatten.

GR. Heller (Soz. Dem.): Der Abgeordnete Rainer hat es doch verlangt!

GR. Panosch (chr. soz.): Das ist eine bewusste Verdrehung und auch ein Unsinn, denn ihre Partei wäre doch stark genug, das zu verhindern.

GR. Thaller: In Niederösterreich ist die Verlängerung schon beschlossen.

GR. Panosch: Jedenfalls sind solche Verhetzungen der gewerblichen Jugend sehr zu bedauern, gerade wie seinerzeit die Strassendemonstrationen für die zweijährige Lehrzeit. In einer ganzen Reihe von Gewerben könnte man sie wohl einführen, aber es gibt auch Gewerbe, die selbst mit der vierjährigen Lehrzeit kaum das Auslangen finden. Wohin soll es führen, wenn diese Hetze gegen die Lehrherrn andauert, die doch den jungen Leuten gleichsam ein Kapital für die ganze Zukunft mitgeben, zum Danke dafür aber immer nur als die Ausbeuter bezeichnet und angeprangert werden. Die Sozialdemokraten wollen eben nicht Ruhe und Frieden haben, sie brauchen nur unzufriedene Menschen. Redner kritisiert dann einzelne Posten des Voranschlages und hebt insbesondere hervor, daß die Ueberschüsse im abgelaufenen Jahre 38 Milliarden betragen, also grösser sind, als der ganze Voranschlag für 1924. Unter solchen Umständen sollten weder die Gemeinde,

noch der Bund, noch die Gewerbetreibenden für das Jahr 1924 auch nur einen Heller zahlen. Die Christlichsozialen werden für den Voranschlag nicht stimmen, weil sie zu der Verwaltung kein Vertrauen haben und weil die Mehrheit auch in diesem Falle die Schule zu einem Politikum gemacht habe.

GR. Stöger (chr. soz.) führt aus, er könne sich den Ausführungen des GR. Panosch nur voll und ganz anschließen. Gegen die Mißwirtschaft im Fortbildungsschulrate müsse die Minderheit mit aller Schärfe Stellung nehmen. Ein kleiner Gewerbetreibender habe z. B. 400.000 K im Jahre an die Bezirkskrankenkassa abzuführen und nun erfahre man, daß so viele Milliarden vom Fortbildungsschulrate angesammelt und förmlich gesammelt würden. Der Gewerbestand sei gewiß offerwillig, wenn es sich um das Wohl der Jugend handelt. Wenn aber so riesige Beträge aus ihm herausgepresst würden, um die Gelder auf Zinsen anzulegen, dann könne man diese Handlung nur verurteilen. Dem Redner scheine es sehr als ob die Hetze, die unter den Jugendlichen betrieben würde, nur eine Demagogie wäre. Es sei Pflicht aller aufrecht Denkenden gegen eine solche Verhetzung Stellung zu nehmen. Es sei sehr wahrscheinlich, daß die sozialistischen Führer der Jugendlichen schon sehr das Vertrauen zu ihren Parteiführern verloren haben und nun gegen die Christlichsozialen losgehen, in Wirklichkeit aber die eigenen Parteiführer treffen wollen. Das sei ja schliesslich und endlich auch noch zu verstehen. Redner versichere im Namen der Minderheit, wenn man es wagen sollte, an dem Tagesunterricht zu rütteln, würde seine Partei an der Seite der Jugend stehen. Dr. Danneberg habe im einem Artikel im „Kampfe“ darauf hingewiesen, daß nur mehr 200.000 Personen eigentlich nicht parteimässig politisch erfasst seien. Dass man aus diesem Grunde der Jugend den kommenden Wählern besonderes Augenmerk zuwenden. Wenn man aber das mit dieser Hetze unter den Fortbildungsschülern erreichen will, dann müsse man von Anfang an deutlich erklären, daß die christlichsoziale Partei das unter keinen Umständen zulassen werde.

GR. Orel (chr. soz.): Die Wirksamkeit im Stadtschulrat ist eine ganz besondere. Es herrscht dort ein reiner bürokratischer Absolutismus. In den Sitzungen werde nur das unwichtigste verhandelt, während an meritorischen Fragen alles schon von amtswegen erledigt, nur mehr zur nachträglichen Kenntnisnahme und Genehmigung vorgelegt würden. Redner müsse sein und der Partei Standpunkt in der Frage des Sonntags- und Abendunterrichtes klarstellen. Die Gewerbeschule verfolge die Aufgabe, die Jugend für ihren Beruf tüchtig zu machen, dazu ist es in erster Linie notwendig, daß jeder Schüler dem Unterrichte auch mit Freude folgen könne. Das wäre aber bei einem Sonntag- und Abendunterricht aus physischen und psychischen Gründen unmöglich. Die Berufsfreudigkeit sei überhaupt eine der wichtigsten treibenden Kräfte in der menschlichen Gesellschaft. Aus diesem Grunde sei die Partei des Redners nicht für eine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes. Zur Hebung der Berufsfreudigkeit sei es auch notwendig, dem Beruf in grösserer Freiheit und Unabhängigkeit ausüben zu können. Es ist nicht möglich, daß jemand gerne arbeitet, wenn er unfrei

ist und wenn der wesentliche Teil seiner Tätigkeit nur mechanische Teilarbeit, Hilfsdienst für die Maschine ist. Weder der Kapitalismus, noch der Kommunismus den Menschen zu einem Bestandteil der Maschine zu machen. Darum schwebt die Ausbildung und Erziehung der Jugend der Partei des Redners als Pflicht vor, weil nur die Leute, welche tüchtig ausgebildet sind, einmal selbständig werden können. Es käme dazu noch eine Reihe von anderen Voraussetzungen, vor allem die Ueberwindung des Kapitalismus und des sozialistischen Kommunismus, weil gerade diesen Auffassungen die Maschine als das höchste Kulturideal erscheine. Man muß die Arbeit wieder frei machen, ihr zu Besitz und Selbständigkeit verhelfen, dann werden die Arbeiter wieder gerne und willig ihrer Tätigkeit nachgehen, es wird eine gesunde und wohlgeordnete Gesellschaft sein. Man habe heute schon eine große Menge von sozialistischen Betrieben, die städtischen Gaswerke, Elektrizitätswerke, das Strassenbahnunternehmen und überall seien in diesen Betrieben die Arbeiter genau so unfrei, rechtlos, gedrückt, wie in den Unternehmungen des Großkapitalismus. Dieser Zustand wirke aber auch produktionshemmend, denn es sei klar, daß unter solchen Verhältnissen die Leistung der Arbeiter nicht eine solche sei, wie von Arbeitern, die frei

seien. Aufgabe der herrschenden Partei sei es dahin zu wirken, daß die Technik sich mehr dem kleinen Betrieb anpasse und nicht immer nur auf die Großbetriebe ihre Einstellung nehme. Aber noch wichtigere Gründe träfen jene Einführungen des Sonntagsunterrichtes. Vom Standpunkte der Majorität sprechen immer nur materielle Interessen für die Einhaltung eines Ruhetages. Die höheren geistigen und seelischen Interessen würden gar nicht wahrgenommen. Durch das Vorherrschen des Materialismus sei es gekommen, daß der Mensch ein Erdenleben weiter führe und allzusehr hinein versenkt werde in das Vergänglichedieses Lebens. Der Mensch vergisst so sein höheres Ich, es geht sein Ich unter im Staube des Alltags. Wenn der Mensch aber ein Kulturmensch sein will, so muß er die Verbindung mit dem Ewigen aufrecht erhalten, das ist der Sinn der Sonntagsruhe. Sonntagsruhe heißt nicht ein Faulenztage, sondern Ruhe im Ewigen. Gerade die jungen Menschen brauchten aber nun unbedingt mindestens diesen einen Tag in der Woche, um die Zusammenhänge mit dem Ewigen aufrecht erhalten zu können, um nicht unterzugehen unter der Schwere des materiellen Lebens. Man müsse trachten, die Verbindung mit dem Ewig-Göttlichen zurückzugewinnen. Aus diesem Grund kann an eine Einführung des Abend- und des Sonntagsunterrichtes nicht gedacht werden.

Unser gewerbliches Fachschulwesen sollte die Jugend dorthin führen, wo die ewigen Wahrheiten zu Hause sind, wie die Religion. Es wird aber der platte Materialismus in unseren gewerblichen Fortbildungsschulen getrieben. Mit materiellen Represivmassregeln ist nichts zu machen, ich appelliere nur an die Gemüthlichkeit der Menschen. Nur dann, wenn eine Wiedergeburt zum Teil heraus aus dem Materialismus sich zum Idealismus sich vollzieht, nur dann wird auch in unseren Gewerbeschulen ein anderer Geist einziehen. Deshalb, weil die Gewerbefortbildungsschule nicht in diesem Sinne betrieben wird, sondern im materiellen Sinne, der nur zum zeitlichen und ewigen Verderben der Jugend führt, könne er und seine Parteigenossen nicht für das Budget des Fortbildungsschulwesens stimmen.

GR. Thubler erwidert als Berichterstatter auf die Beschwerden des GR. Panosch. Die Klage des GR. Panosch, daß die Gewerbetreibenden im Fortbildungsschulrate nicht vertreten sind, sind nichts neues. Es sei begreiflich, daß die Herrn Gewerbetreibenden, die früher im Fortbildungsschulrate die Majorität hatten, während die Gehilfen gar keine Vertretung besaßen und jetzt in gleicher Zahl mit ihnen beisammen sitzen, wünschen, daß es anders sei. Aber heute sei das Gesetz so und mit dem Gesetz sollten sich die Herren abfinden. Es sei auch nicht richtig, daß der Proporz nicht eingehalten werde. Erst in der letzten Sitzung habe der Gemeinderat ^{in 48 Schulausschüssen} Delegierte in die Schulausschüsse zu entsenden gehabt und zwar je nach der Bedeutung der Schulausschüsse eins bis drei Delegierte. Man sei nun so vorgegangen, dass man dort, wo nur ein Delegierter war ein Mitglied der Majorität, dort wo zwei Mitglieder waren ein Mitglied aus der Majorität und ein Mitglied der Minderheit, dort wo drei Delegierte waren zwei aus der Majorität und einen der Minderheit entsendet habe. Vom Proporz sei man nur insoferne abgegangen als man mitunter aus sachlichen Gründen im Schulausschusse, in die ein Mitglied zu entsenden war, ein Mitglied der Minorität delegierte, so einen Ummacher, den Gemeinderat Panosch. GR. Panosch habe sich auch beklagt, daß in den Schulen während des Unterrichtes für Versammlungen agitiert werde. Dies sei tatsächlich geschehen und besonders von Seite der Kommunisten wurden Zettel verteilt und wo dies zur Erfahrung gelangt ist, sei dies sogleich eingestellt worden. Wenn GR. Panosch beanständete, daß nur zwei Millionen aus der Vergebung des Saales und der Beleuchtung eingestellt seien, so müsse jedner bemerken, daß das Budget im September aufgestellt wurde und man die Erfahrungsziffern aus dem vorhergehenden Jahre eingesetzt habe. Tatsächlich werden die Einnahmen bedeutend größer sein.

Die Anträge werden angenommen, worauf der Vorsitzende die Sitzung schliesst und mitteilt, daß Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Wiener Gemeinderat

Sitzung vom 11. April 1924.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 7 Uhr abends die Sitzung und teilt mit, daß zu den Postnummern 6, 12 und 13 keine Wortmeldung vorliegt, diese Anträge somit genehmigt seien.

Hierauf wird die Debatte über die Vorlage auf Gewährung eines Zuschusses zur Instandhaltung von Instandsetzung von Makadamstrassen im ersten Halbjahr 1924 fortgesetzt.

GR. Ullreich (chr. soz.) bezeichnet die Strassenpflege als überaus mangelhaft, insbesondere die Makadamstrassen seien in sehr schlechten Zustände. Sie bestehen vielfach nur aus dem ledigen Untergrund, so daß diese Strassen bei Regenwetter ein Kotmeer, bei trockenem Wetter ein Staubfeld bilden. Auf einigen Strassen, wie in der Habichergasse, in der Wilhelminenstrasse lagern die zur Herstellung herbeigeführten Schotterhaufen seit dem Herbst 1923 auf den Strassenseiten und das merkwürdige daran sei, daß diese Schotterhaufen jetzt wieder weggeführt werden. Redner wünscht darüber vom Referenten Aufklärung.

GR. Josef Müller (Meidling) (chr. soz.) verweist gleichfalls auf die Tatsache, daß einige zur Beschotterung ausersehene Strassen des 12. Bezirkes nun schon Monatslang auf die Arbeiter warten. Vor allem die Hetzendorferstrasse, in welcher sonderbarer Weise gerade für den schlechteren Teil keine Neubeschotterung erfolgen werde, dann die Schönbrunner Allee bis Hetzendorf, die Rosenhügelstrasse, die Schwendtgasse, die dringend der Regulierung bedürfen. Redner ersucht diese Mängel ehestens zu beheben und wegen des kürzlich erfolgten Kanaleinsturzes in der Hetzendorferstrasse schleunigst Abhilfe zu schaffen.

GR. Paulitschke (chr. soz.) bespricht die Strassenverhältnisse im 6. Bezirk, die er als tristlos bezeichnet. In der Liniengasse, die im vergangenen Jahre frisch geschottert wurde, seien die Arbeiten sehr schleuderhaft ausgeführt worden, daß schon jetzt tiefe Schlaglöcher sich zeigen. Ähnliche Zeichen des Verfalles sieht man in der Eisvogelgasse, Linken Wienzeile und in der Fillgraderstrasse, deren Aussehen jeder Beschreibung spottet. Redner verweist auch darauf, daß bei Neuanlage von Kabelleitungen und Gasrohrlegungen auf den Mäandern der Gehsteige die Wiederherstellung äußerst mangelhaft bewerkstelligt werde. Man müge sich doch darum kümmern, nach solchen Herstellungsarbeiten die Gehsteige wieder anständig zu regulieren.

GR. Siegel (Soz. Dem.) erklärt, das Klage lied über die Schotterstrassen, werde schon seit jeher gesungen und das mit Recht. Den Makadamstrassen haften eben natürliche Mängel an, sie sind eine an sich nicht besonders befriedigende Strassenart und ihr Zustand konnte bisher schon aus dem Grunde nicht einwandfrei sein, weil die Gemeinde über kein gutes Schottermaterial verfügt. Von der früheren Verwaltung wurden die Steinbrüche in der Hinterbrühl und am Exelberg übernommen, sie liefern Kalkschotter und Sandsteinschotter, also ein sehr schlechtes Material zur Makadamisierung. Nun habe die Gemeindeverwaltung zur Besserung dieser Verhältnisse Vorkehrungen getroffen und sich, wie bekannt ist, in den Besitz der Perphyritwerke bei Fersenbeug gesetzt, die guten Hartschotter produzieren werden. Man müsse auch bei Betrachtung der Strassenmängel die Entwicklung in den letzten zehn Jahren berücksichtigen. Während des Krieges wurden die Strassen Wiens durch die vielen eisenbereiften schweren Lastautos geradezu mißhandelt. Man könne Fotografien im Stadtbaumeisteramt sehen, die die verderblichen Wirkungen dieser eisenbereiften Lastkraftwagen für die Wiener Strassen sinnfällig demonstrieren. Nicht nur Makadamstrassen wurden total zernichtet, selbst solche mit harten Granitsteinen gepflasterte fürchterlich hergerichtet, einzelne Granitwürfel geradezu zersplittert. Man könne doch in ein bis zwei Jahren nicht alles gut machen, was früher jahrelang verschunt und gesündigt wurde. Wie sehr es mit der Strassenpflege im allgemeinen im Argen liegt, sieht man an dem Zustand der Bundesstrassen. Die berühmte Triester Reichsstrasse bei Graz, die seinerzeit als eine Rennbahn für Automobilwettfahrten diente, sieht jetzt stellenweise wie ein zerpflegter Acker aus. Und die Strassenverhältnisse in dem ehemaligen k.u.k. Prater sind nicht gerade erquicklich, man könne daraus ersehen, daß es auch

dem Bund nicht möglich ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Vergleichs man dazu die Wiener Strassen, so muß man wohl gerechter Weise feststellen, daß hier schon Beachtenswertes geleistet wurde. Die Gemeindeverwaltung werde jedenfalls mit aller Kraft daran gehen, diese Dinge in Ordnung zu bringen. Weiter kommt GR. Siegel auf einige Vorwürfe, die von Seite der Minderheit im Zusammenhang mit der Strassenpflasterung gemacht wurden, zurück, ganz besonders auf den, daß die Gemeinde unnützer Weise Material, Geld und Arbeitszeit verschwende, dadurch, daß sie Strassen mit Schotter belegt habe. Diese Schotterhaufen hätten dann vielfach Monate hindurch den Verkehr in den Strassen behindert oder ganz unmöglich gemacht und nun sei man nach vielfacher Beobachtung daran, den Schotter wieder abzuführen. Redner müsse zugeben, daß eine solche Handlungsweise nicht anders als mit nährlich bezeichnet werden müste. Aufzuklären sei das tatsächliche mehrmalige Vorkommen dieses Zustandes damit, daß die Schotterlieferanten seinerzeit um den auf den Eisenbahnverladenen Schotter nicht lange stehen lassen und dafür Wagenstands- und Depotgelder bezahlen, diesen Schotter ihre Verantwortung und ihr Risiko ausdrücklich gegen den Willen der Gemeinde in den Strassen, oft auch mitten in den Schnee hinein abladen. Nun würde dieser Schotter zum Zwecke der Uebernahme durch die Gemeinde „aufpyramidiert“. Der ganze Vorgang habe selbstverständlich der Gemeinde nicht einen einzigen Heller gekostet und tragensausschliesslich die Lieferanten dafür die Auslagen. Auf die Anfrage des Herrn GR. Müller (Meidling) wegen des Kanaleinsturzes in der Hetzendorferstrasse sei zu erwidern, daß es sich dabei nicht um den Einsturz eines Stückes des Kanals handle, sondern vielmehr darum, daß wegen schlechter Beschaffenheit des verwendeten Zementes die Lieferfirma dieses Materials verhalten wurde, auf ihre Kosten das betreffende Stück herauszunehmen und neu zu ersetzen. Es handelt sich dabei um ein Kanalstück von rund zehn Meter Länge. Was die Erhaltung der Gehsteige, auf die verwiesen worden sei, betreffe, müsse angeführt werden, daß schon im verflossenen Jahr ein bedeutender Betrag für die Erhaltung der von der Gemeinde zu verwaltenden Gehsteige verwendet wurde. In den meisten Fällen handle es sich aber um Gehsteige, deren Instandhaltung nicht der Gemeinde, sondern den betreffenden Hauseigentümern obliegen. Im Jahre 1923 standen der Gemeindeverwaltung 106 Milliarden für Strassenpflege zur Verfügung. Eine grössere Summe hätte gar nicht verwendet werden können, da schon so der ganze technische Apparat, der zur Verfügung stand, auf das Äußerste angepannt werden müste. Die Gemeinde beschäftigte hundert Prozent aller Strassen- und Pflasterarbeiter und stellte alle verfügbaren Strassenwalzen in den Dienst. Dazu komme dann noch die Tatsache, daß sämtlicher erreichbarer Schotter, man könne fast sagen, von ganz Mitteleuropa, nach Wien gebracht wurde. Es sei zu hoffen, daß man in diesem Maße an der Wiederherstellung der Strassen arbeiten werde können und daß die Folgen des unerhört harten und strengen Winters, der durchaus nicht fördernd auf den Zustand der Strassen eingewirkt hat, bald überwunden würden.

GR. Rotter (chr. soz.) kommt auf die Absperrung der Strassenzüge, in denen die Gemeinde ihre Wohnhausbauten durchführt, und wo zu diesem Zwecke gewaltige Ziegellager aufgerichtet werden, zu sprechen und kritisiert daran, daß es den Anschein erwecke, die Gemeinde treffe diese Absperrungsmaßnahmen lediglich darum, um für ihre Bauten Reklame zu machen. Auch früher habe man gebaut, doch niemals sei es der Fall gewesen, daß auch zu diesem Zwecke eine Strasse abgesperrt werden hätte müssen. Die Bestimmung einer Strasse sei auch nicht als Ziegellagerplatz zu dienen, Finanz- Die Lage des Bundes sei nicht so günstig, wie die der Gemeinde, die eben bis zum Exzess die Bevölkerung mit Steuern überhäufe. Aus diesem Grunde sei die Gemeinde auch viel leichter imstande, ihre Strassen in besserem Zustande zu erhalten als der Bund. Es spreche sich herum, daß ein Streik der Kanalräumer eingesetzt habe. Allerdings habe die Presse wahrscheinlich infolge der Verbindungen, die sie mit dem Rathaus unterhält, darüber noch nichts geschrieben. Redner bitte aber den amtsführenden Stadtrat um Auskunft, wie es sich darum verhält und ob entsprechende Maßnahmen gegen eine etwaige Seuchengefahr getroffen worden seien.

ter sind nicht gerade erquicklich, man kann daraus ersehen, daß es auch
GR. Müller (Soz. Dem.) (XVII) erklärt in seinem Schlußwort, daß
in Wien viel von Seite der Fuhrlente an den Strassen gesündigt würde.
In anderen Ländern, z. B. in Deutschland, pflege man nicht immer in einem
ausgefahrenen Geleise weiter zu fahren, sondern wähle verschiedene Fahr-
bahnen. Dadurch komme es nicht zu großen Schädigungen in der Strassen-
decke, da diese in ihrer ganzen Breite gleichmäßig in Anspruch genommen
würde. In Wien kenne man einen solchen Brauch nicht und die Folge davon
sei, daß sich die Strassen bei uns Geleisförmig ausfahren. Vielfach war
bisher die Meinung verbreitet, daß der Kalkschotter besser eine Bindung
der Strassendecke herstelle, als der Granitschotter. Dem sei ~~es~~
nicht so. Wenn man den Granitschotter eine entsprechende Behandlung zu-
teil werden ließe, erweise sich auch dieser vollständig zweckentsprechend.
Der Referent drückte schliesslich die Hoffnung aus, dass es dem Stadtrat
Speiser bald möglich sein werde, den Streik der Kanalräumer zu beendigen
und bat um die Annahme seiner Anträge.

Die Anträge wurden angenommen.

StR. Speiser referierte über die Maßnahmen zugunsten der städti-
schen Angestellten, der Angestellten der städtischen Unternehmungen und
der städtischen Feuerwehr und begründete ~~die~~ dem Gemeinderat übermit-
telten Vorlagen. Die Regulierung werde einen Betrag von 149 Millionen
jährlich kosten. Er hoffe, daß damit wieder ein Schritt nach vorwärts
gemacht sei zur Herstellung normaler Verhältnisse. Eine rasche Behand-
lung der Anträge werde notwendig, damit die Beträge, deren Rückwirkung
auf den 1. Februar beschlossen worden sei, gleich in der kommenden Woche
ausbezahlt werden könnten.

StR. Rummelhardt (chr. soz.) protestiert zuerst dagegen, daß die
Vorlagen erst vorgestern abends den Gemeinderäten zugeschickt worden sei,
wodurch ein eingehendes Studium unmöglich oder schwer gemacht würde. Er
richte daher in öffentlicher Gemeinderatsitzung an die Beamtensorgnis-
ation das Ersuchen in Zukunft rechtzeitig ihre klaren Forderungen zu stel-
len. Ferner protestiert Redner dagegen, daß nur mit dem Verbande der
städtischen Angestellten verhandelt werde und verweist auf den Bund, wo
bei derartigen Verhandlungen alle Organisationen jeder Partei eingeladen
würden. Er verlangt im Namen der christlichsozialen Beamtenschaft, daß
sie künftig derartigen Verhandlungen beigezogen werde. Neben diesen Be-
denken in formaler Beziehung habe/ auch solche in materieller Beziehung
vorzubringen. Die Valorisierung der Fälle entspricht nicht so den tatsäch-
lichen Verhältnissen, wie der Referent gesagt habe. Die ausgezahlten Be-
träge stimmen wohl, aber z. B. die Pflegerinnen hatten im Frieden nicht
nur ihren Lohn, sondern eine Reihe von Realbezügen, die ihnen heute ge-
nommen sind. Anzuerkennen ist das Prinzip, daß die Bezüge der mittleren
und höheren Beamten einer entsprechenden Valorisierung nahegebracht wird.
Aber freilich ist der Unterschied zwischen den 7455fachen der Friedens-
bezüge eines Akademikers und den 2304fachen der einer Reinigungsfrau ~~ist~~
noch immer hübsch stark. Dies sind Schönheitsfehler, über die Redner hin-
wegsehen wolle, weil die Beamtenschaft noch vor Ostern Bezüge auf die Hand
bekommt, mit denen ihnen geholfen wird und weil hier eine Regulierung in
Aussicht genommen ist, welche die Bezüge der Beamten und Angestellten halb-
wegs den entsprechenden Verhältnissen anpasst. Aber man darf nicht ver-
gessen, daß die Gemeinde Wien ^{jetzt} ungeheuer große Mittel zur Verfügung
hat, die sie in den Banken legen lässt und mit denen sie dann Spekula-
tionsgeschäfte machen. Zu den Mehrlasten der Gemeinde hat der Bund 28
Millionen zu zahlen. Wegen dieser 28 Millionen ist nun in Punkt 7 ein
Satz eingesetzt, wonach diese Beschlüsse nur insoweit Geltung behalten,
als sie etwa infolge des Abgabenteilungsgesetzes die Einstellung des
Bundesbeitrags zum Personalaufwand verfügt werden sollte. Dieser Be-
schluß wird also abhängig gemacht von einer Sache, von der die Majori-
tät im Vorhinein weiß, daß sie eine Überschreitung des Bundesabgaben-
teilungsgesetzes ist.

Die Beiträge, die der Bund nach diesem Gesetz zu den Dienstbezügen der
Angestellten- und der Lehrerschaft der Länder und Gemeinden leistet,
wurden zu einer Zeit beschlossen, in der die Länder und Gemeinden nicht
die notwendigen ^{die Bezüge} Mitteln hatten, um/ ihrer Angestell

anzugleichen. Derselbe § des Abgabenteilungsgesetzes sagt aber, daß
die Beitragsleistung nicht stattfindet, hinsichtlich der Bezüge der
Angestellten von in Betrieben und Einrichtungen der Gemeinden. Trotz-
dem ist in der Vorlage eine Bindung vorgenommen worden, die ungesetz-
lich ist, ~~da~~ ^{denn} die Betriebsangestellten sind ~~zum~~ im Abgabenteilungs-
gesetz ausdrücklich ausgenommen. Dies war der Majorität bekannt. Darin
liegt ein großes Stück Unaufrichtigkeit und Demagogie gegenüber den
Beamten, man zieht den Bund hier herein, um die Beamten zu Agitation
gegen ihn aufzuketzer. (Beifall). Dies ist für die Beamtenschaft geradezu
beschämend, ferner leistet sich die Mehrheit das Unglaubliche, daß
sie bei der Gehaltsregulierung bewusst das Gesetz übertritt. Im National-
rat hat die christlichsoziale Partei, die Regierung und auch die sozial-
demokratische Partei erst heute beschlossen, daß an den Bund nicht För-
derungen zu stellen sind, die er nicht leisten kann. (Hört-! Hörtrufe
bei den Parteigenossen). Der Bundeskanzler hat sich vor den Wahlen nicht
geniert mit der grössten Offenheit zu sagen, daß ~~er~~ die Mitteln des
Bundes eine Regulierung nicht erlauben. Wenn die Mehrheit ehrlich und
aufrichtig wäre, so würde sie die Gehaltsregulierung beschliessen und
die Beamten ginge es gar nichts an, wie diese Gehaltsregulierung bedeckt
ist. Dafür hat der Gemeinderat zu sorgen. Traurig ist es, daß sich der
Referent um die Bedeckung nicht schon vorher gekümmert hat und da hätte
er diesen Kassus auch nicht gebraucht. Seine Partei ist daher keines-
wegs in der Lage für den Punkt 7 der Vorlage zu stimmen, ~~weil~~ ^{der die} Gültig-
keit des Hauptbeschlusses abhängig macht, von einem Ereignis, da s nie-
mand voraussehen kann, bei dem die grössere Wahrscheinlichkeit aber
besteht, daß die Regierung nicht etwas tun wird, was dem Gesetz wider-
spricht. Am besten wäre es, diesen Punkt 7 zu streichen. Für die Ange-
stellten und Beamten der Betriebe ist dieser Punkt besonders lächerlich,
weil diese ja ausdrücklich von der Beitragsleistung des Bundes ausgenom-
men sind. Vizebürgermeister Kemmerling hat dies im Stadtsenat eingesehen
und den Punkt anders formuliert. Aber seine Partei kann auch für den
andersformulierten Punkt nicht stimmen.

Die Christlichsozialen werden mit grosser Freude dieser Vorlage zu-
stimmen, sie lehnen aber auf das Entschiedenste die verlogene Demago-
gie ab, die in den Punkten 7 und 5 bei der Feuerwehr liegt. Ich stelle
daher den Antrag, diese Punkte zu streichen. (Beifall bei den Christ-
lichsozialen.)

GR. Doppler (chr. soz.) bekämpft gleichfalls die erwähnten Punkte
der Vorlage. Sie bedeuten eine reine Demagogie gegenüber dem Bunde. Die
gegenwärtig beim Bund stattfindenden Beratungen über die Beamtenforder-
ungen würden von den Sozialdemokraten bedenkenlos zu einer politischen
Agitation und Hetze missbraucht. Wenn behauptet werde, dass der Bund
eine beamtenfeindliche Politik befolge, so verweise Redner auf die
Vorfälle in der Zeit des Regimes Renner, wo hunderte Beamte einfach
unter dem Hinweis darauf, dass sie nunmehr Ausländer seien, entlassen
worden sind. Einer Partei, die gegen Beamte derart vorgegangen sei,
stehe es übel an, den Bund zu verdächtigen. Die Gehaltsregulierung beim
Bund werde gemacht werden, auch ohne die Demagogie der Sozialdemokraten

GR. Biber spricht gegen die Ungerechtigkeit, dass die Hilfe, die den Wohnungsbedürftigen im 19. Bezirke in so geringem Ausmasse, im II. Bezirke in weitaus grösserem Ausmasse zu teil wer das hat die ästen einige Bedeutung. Redner stellt schliesslich den Antrag, dass die dem Gemeinderat vorgelegten Pläne signirt werden, damit jede Auswechslung unmöglich sei.

GR. Orel bedauert, dass durch die derartiger Massenhäuser das Stadtbild Wiens für ein Jahrhundert vielleicht ruinirt werde. Dann sieht in der Erfüllung einer derartigen Aufgabe, Tausende von Menschen in einem Hause unterzubringen eine unmenschliche und darum unkünstlerische Aufgabe.

GR. Kunschak protestirt als Hernalser und als Mann, der dem Arbeiterstande entstamme gegen den Bau, der in Hernalz aufgeführt werden soll.

Nach dem Schlusswort des Referenten werden die Vorlagen über die Errichtung der vier Wohnhäuser genehmigt. Der Antrag Biber wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

GR. Orel begründet nun seine Interpellation wegen der Stromlieferungen im Czartráskyschlüssel und wünscht, dass diese Sache heute besprochen und eine Untersuchung gegen den Bezirksvorsteher Kleppal einleitet werde.

Bei der Abstimmung wird sein Antrag, die Angelegenheit zu besprechen, abgelehnt und die Sitzung um $\frac{1}{2}$ 11 Uhr nachts geschlossen.

Speiser erklärt in seinem Schlusswort, dass er ein rein sachliches Referat erstattet habe und stellt noch einmal fest, dass die Vorlage für die Beamten bedeutende Verbesserungen bringt. Auch die Gegenseite habe sich mit den Prinzipien der Anträge einverstanden erklärt. Leider habe sich an das sachliche Referat eine Debatte geknüpft, in der die Opposition feststellen zu müssen glaubte, dass es sich bei diesen Anträgen um Demagogie handelt. Davon könne keine Rede sein. Die Gemeinde muss auch den verhältnismässig geringen Teil des Bundeszuschusses zu dieser Regulierung verlangen, weil das Wegfallen für sie eine Zwangslage bedeuten würde, die eben den von dem Herrn Gemeinderat Rummelhardt bestrittenen Paragraphen notwendig macht. Ein Wiener Gemeinderat sollte gerade im Interesse der städtischen Angestellten einen solchen Antrag nicht stellen (Beifall bei der Mehrheit). Diese Bestimmung ist notwendig, nicht gegenüber den Beamten, sondern gegenüber dem Bund. Die Redner der Minderheit haben auch über die Sanierung gesprochen. Da muss ich schon sagen: Mir bleibt doch nichts erspart!

GR. Kunschak: Das hat er sich aus der Monarchie geholt!

GR. Speiser: Warum nicht? Die guten Seiten hole ich mir immer!

Ich stelle fest, dass die Sanierung notwendig war und der Streit nur um die Form, wie sie durchgeführt werden soll, geführt wird. Es ist übrigens erfreulich, dass die Minderheit nichts anderes mehr vorzubringen weiss, als die Frage der Behandlung der kriegsbeschädigten Gemeindeangestellten. Es gibt aber auch eine grosse Zahl von Kriegsgeschädigten, die keine öffentlichen Angestellten sind und für die der Bund nichts das geringste macht. Wenn Sie nichts weiter zu bemängeln haben, so können wir mit diesem Urteil durch uns zufrieden sein. Auch das beliebte Argument, dass der Bund die Kosten der Besoldung unserer Angestellten mitzahlt, ist ihnen bereits angesichts der Tatsache, dass von den 1.1 Billionen Kronen, die von der Gemeinde Wien an Bezügen zu zahlen sind, nur mehr ein geringer Teil vom Bund gegeben wird, ausgegangen. Wir können daher nur die Ueberzeugung aussprechen, dass die Minderheit mit der gleichen Liebe mit der sie in diesem Saal für die städtischen Angestellten eingetreten ist, auch für die Bundesangestellten im anderen Hause eintreten wird (Starker Beifall bei der Mehrheit)

GR. Rummelhardt berichtigt tatsächlich, dass er sich als Vertreter der Stadt Wien verpflichtet gefühlt habe, auf die Bestimmung der Bindung der Bezüge der Gemeindeangestellten an die Bundesangestellten aufmerksam zu machen, das Gegenteil wäre Pflichtvergessenheit gewesen.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen, der Antrag Rummelhardt auf Streichung des Punktes über die Zuschüsse des Bundes abgelehnt.

GR. Reisinger (Söz.) beantragt die Errichtung eines Zubaus zu dem bereits bestehenden Schalthaus des Kraftwerkes Simmering mit einem Kostenbetrag von 3.5 Milliarden Kronen.

GR. Scholz (chr. soz.) spricht für den Antrag, doch wendet er dagegen, dass die Kosten aus den Betriebsmitteln gedeckt werden, da dadurch die Strompreise in die Höhe getrieben werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen.

GR. Schorsch (chr. soz.) erstattet den bereits mitgeteilten Bericht über die Arbeiten an der Wasserkraftwerkeaktiengesellschaft und teilt mit, dass die Nationalbank zwei Millionen Dollars zu einem Zinsfuss von sieben Prozent bereitgestellt habe und auch das Versprechen vorliegt bei der Prolongation der Gemeinde entgegenzukommen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

GR. Siegel beantragt dann die Genehmigung von vier Bauentwürfen. Es werden in Simmering, Hietzing, Döbling und Hernals insgesamt um den Betrag von 83 Milliarden Kronen 891 Wohnungen, 50 Zimmer für Ledige und 46 Werkstätten geschaffen werden. In diesen vier Wohnhäusern ist auch der Einbau von zehn Geschäftslokalitäten vorgesehen.